

31.03.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

zum Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15864

Zeit für Taten beim Klimaschutz: Landespolitische Hemmnisse für den Ausbau der Windenergie konsequent abbauen

Berichterstatter: Abgeordneter Georg Fortmeier

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/15864 – wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde durch Plenarbeschluss vom 16. Dezember 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung mit der Maßgabe überwiesen, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt.

In dem Antrag schreibt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Landtag solle die Landesregierung auffordern,

1. einen Gesetzentwurf zur Streichung von § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen (BauGB-AG NRW) einzubringen.
2. zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung planerisch zu sichern und jährliche Ausbauziele zu definieren.
3. Windenergieanlagen auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen wieder zu erleichtern, den „Leitfaden Rahmenbedingungen für Windenergieanlagen auf Waldflächen in Nordrhein-Westfalen“ zu aktualisieren und auf landeseigenen Flächen, insbesondere Kalamitätsflächen, die Windenergienutzung voran zu treiben.
4. eine Task-Force einzurichten, die der Landesregierung kurzfristig konkrete Vorschläge zu landpolitischen Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien unterbreiten soll.
5. durch eine Überarbeitung des Windenergieerlasses, die Bereitstellung von Personalkapazitäten beispielsweise über Mobile Teams und Beratung die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu unterstützen.
6. durch eine Standardisierung Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und die Rechtssicherheit von Genehmigungsbescheiden zu erhöhen.
7. im Dialog mit den beteiligten Akteuren und durch die Überarbeitung des Artenschutzleitfadens die Planungs- und Rechtssicherheit bei der Artenschutzprüfung für Windenergieplanungen zu verbessern.
8. ein Artenhilfsprogramm für windenergiesensiblen Populationen aufzulegen.
9. das Oberverwaltungsgericht personell in die Lage zu versetzen, Windenergie-Verfahren in angemessener Zeit zu bearbeiten.
10. Bürgerenergieprojekte durch ein Landesförderprogramm nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins in der Projektentwicklung zu unterstützen.
11. die positiven Erfahrungen aus der frühzeitigen und umfassenden Beteiligung an Windenergieprojekten aus dem Münsterland auf das ganze Land zu übertragen.

B Beratung

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat den Antrag in seiner Sitzung am 19. Januar 2022 erstmals beraten und beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Diese hat am 9. März 2022 stattgefunden und ist im Ausschussprotokoll 17/1744 dokumentiert.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung waren folgende Institutionen/Sachverständige geladen bzw. sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Keine Teilnahme	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Rudolf Graaff Cara Steinke	17/4868
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Keine Teilnahme	
Kreis Paderborn Landrat Christoph Rüter Paderborn	Christoph Rüter	---
Stadt Borgentreich Bürgermeister Nicolas Aisch Orgelstadt Borgentreich Borgentreich	Nicolas Aisch	17/4848
DGB NRW Anja Weber Düsseldorf	Andrea Arcais	17/4847
Verband kommunaler Unternehmen e.V. Markus Moraing Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Dr. Jürgen Kruse	17/4867
Thomas Mock Königswinter	Thomas Mock	17/4866
Regionalrat Arnsberg Hermann-Josef Droege c/o Bezirksregierung Arnsberg Arnsberg	Keine Teilnahme	---

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V. Christian Mildenerger Düsseldorf	Christian Mildenerger	17/4856
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband NRW e.V. Dirk Jansen Düsseldorf	Dirk Jansen	17/4852
Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e.V. Dr. Detlef Ahlborn Köln	Dr. Detlef Ahlborn	17/4865

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat in seiner Sitzung am 30. März 2022 die abschließende Beratung zu dem Antrag durchgeführt.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/15864 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Georg Fortmeier
Vorsitzender